

Mehr Mut zum Miteinander! Mehr für die Aufnahme und die Integration der Geflüchteten in Brandenburg tun!

Täglich erreichen uns Bilder von den katastrophalen Bedingungen der Menschen auf der Flucht. Seit die Balkanroute dicht ist, bewegen uns besonders die Bilder aus Idomeni. Hier sind mehr als Zehntausend Geflüchtete aus Syrien, Irak, Afghanistan und anderen Ländern, darunter vierzig Prozent Kinder, gestrandet. Der Brandenburger AFD-Vorsitzende Alexander Gauland und Bundesinnenminister Thomas de Maizière fordern, wegzuschauen, „sich nicht von Kinderaugen erpressen zu lassen“ oder „harte Bilder auszuhalten“. Manche freuen sich über die gesunkene Zahl an Geflüchteten in Deutschland, aber klar ist auch: Die Flüchtlingszahlen sind nicht zurückgegangen, es kommen lediglich weniger in Deutschland an! Das ist Politik nach der Maßgabe „Aus den Augen - aus dem Sinn!“. Wir meinen dagegen: Da können und wollen wir nicht wegschauen!

In Brandenburg ist die Belegungsquote der Unterkünfte inzwischen deutlich unter 50% gesunken. Wir haben also die Kapazitäten, einen Teil der Menschen aus Idomeni aufzunehmen. Dabei muss die Landesregierung auch nicht auf die Bundesregierung warten. Über ein Landesaufnahmekontingent sollte Brandenburg besonders Schutzbedürftige Menschen aufnehmen, ähnlich wie Baden-Württemberg das mit Blick auf Jesidinnen getan hat. Ebenso fordern wir, dass Engagement von BrandenburgerInnen, die SyrerInnen im Rahmen einer Verpflichtungserklärung zu uns in Sicherheit bringen, dadurch zu unterstützen, dass diese Bürgschaft mit Erhalt des Aufenthaltsstatus oder zumindest wie in Thüringen nach fünf Jahren erlischt. Wir sehen in der Aufnahme und Integration von Geflüchteten nicht vorrangig Risiken, sondern auch Chancen für Brandenburg und Deutschland.

Der gerade am EU-Parlament vorbei geschlossene Deal mit der Türkei hebt die Genfer Flüchtlingskonvention aus und muss sofort ausgesetzt werden. Nach diesem zynischen Deal gibt es nur eine legale Einreise für Geflüchtete, wenn es vorher andere irregulär mit Schlauchbooten versucht haben, aufgegriffen wurden und im Austausch wieder abgeschoben werden. In Griechenland werden Menschen, die gerade Terror und Krieg entkommen sind, unter katastrophalen Bedingungen in den nun umfunktionierten sogenannten „Hot Spots“ ohne Rechtsschutz eingesperrt. Diese Abschiebelager widersprechen dem internationalen Flüchtlingschutz und europäischen Grundrechten.

Für die Aufnahme der Flüchtlinge sind alle europäischen Länder verantwortlich. Wir Bündnisgrüne wehren uns entschieden gegen die Errichtung einer „Festung Europa“ und treten für eine gerechte Verteilung innerhalb Europas ein. Solange diese aber nicht erreicht ist, sind wir auch bereit, einseitig Schutzsuchende bei uns aufzunehmen. Eine geplante Reform des Europäischen Asylrechts darf nicht zu einer Absenkung der Standards nach unten führen.

Wir Brandenburger Bündnisgrüne stehen auch der Aufnahme von Geflüchteten aus Berlin offen gegenüber. Dabei wollen wir im Gegensatz zur Landesregierung auch anerkannte Asylbewerber*innen und Flüchtlinge mit Bleibeperspektive aufnehmen und in unseren Kommunen dauerhaft ansiedeln.

Die Aufgabe, die Geflüchteten in unser Land zu integrieren, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe von hoher Relevanz. Das gerade im Landtag verabschiedete Landesaufnahmegesetz regelt nur die Erstaufnahme bis zur Anerkennung der Geflüchteten und bleibt weit hinter unseren Erwartungen zurück. Ungelöst bleiben daher bis heute viele Probleme nach dem Übergang der anerkannten Asylbewerber*innen und Flüchtlinge aus dem Regelkreis des Asylbewerberleistungsgesetzes in das SGB II. Wir fordern ein „Willkommensinfrastrukturgesetz“, in dem es um mehr geht, als den Geflüchteten ein notdürftiges Dach über dem Kopf anzubieten. Eine partizipative Gesellschaft respektiert nicht nur die Bedürfnisse von Geflüchteten oder Asylbewerber*innen mit Bleibeperspektive. Über diese wird oft erst nach jahrelangen Verfahren entschieden.

Deswegen wollen wir Chancen für alle schaffen, und uns dabei am persönlichen Bedarf der Menschen mit Migrationshintergrund und ihrem rechtlichen Status orientieren. Es geht um Betreuungs- und unabhängige Beratungsangebote, es geht um Gewährleistung von Kita- und Schulplätzen, es geht um die Ausweitung der Schulpflicht über das 16. Lebensjahr hinaus um jungen Flüchtlingen den nachträglichen Erwerb von Schulabschlüssen zu ermöglichen, es geht um qualifizierte Deutschkurse und die vereinfachte Anerkennung von Berufsabschlüssen, es geht um Modulare Aus- und Weiterbildungsangebote, es geht darum die Kommunen von den Kosten der Unterbringung weitestgehend zu entlasten und nicht zuletzt die Absicherung von zivilgesellschaftlichen Willkommensinitiativen.

Die Gründung des „Bündnis für Brandenburg“ haben wir von Anfang an unterstützt. Doch es braucht mehr als bloße Symbolik. Die engagierte Arbeit gegen Rechts von „Tolerantes Brandenburg“ ist in diesen Zeiten wichtiger denn je und darf durch die Zusammenlegung mit dem Bündnis keinesfalls eingeschränkt werden.

Wir fordern: Brandenburg muss mehr für die Aufnahme und Integration tun.

Wir fordern: Mehr Mut zum Miteinander!